

POLITISCHE JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG BILDUNG

4 | 21

THEMA: GLOBALE KRISEN



Deutschland: € 18,00, Österreich: € 19,60, Schweiz: sFr 23,80

KLIMA MIGRATION UNWETTER MISSEERNTEN



Vierteljahresschrift | 11. Jahrgang | Winter 2021 | D 22350

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

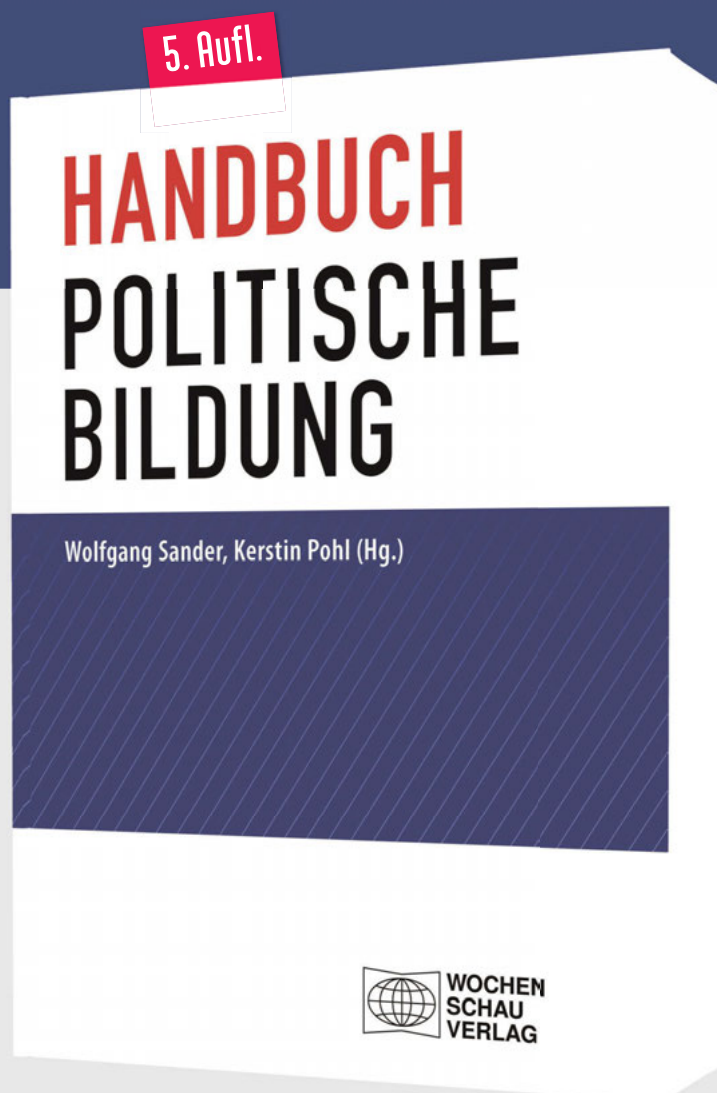
 **WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Standardwerk

Das Standardwerk zur politischen Bildung



ISBN 978-3-7344-1362-9, 5., vollständig
überarbeitete Auflage, 640 S., € 49,90
PDF: 978-3-7344-1363-6, € 48,99
Hardcover: 978-3-7344-1380-3, € 64,80



Mit dieser Neuauflage wurde *das Standardwerk* der politischen Bildung vollständig überarbeitet. Zahlreiche neue Beiträge sind hinzugekommen, alle weiteren wurden aktualisiert. So präsentiert dieses Handbuch in bewährter Form und auf aktuellem Stand alle relevanten Grundlagen der politischen Bildung: fachliche Kontroversen, didaktische Prinzipien, inhaltsbezogene Aufgabenfelder, Akteurinnen und Akteure, Medien und Methoden. Fast 60 renommierte Autorinnen und Autoren bereiten das professionelle Wissen des Faches in kompakter Form auf und machen das Handbuch zu einer unentbehrlichen Grundlage für Studium, Weiterbildung und Berufspraxis.

Die Herausgeber



Wolfgang Sander

Dr. phil. habil., Professor em. für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen.



Kerstin Pohl

Dr. phil., Professorin für Didaktik der politischen Bildung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.



© picture alliance / Geisler-Fotopress

Wir leben in Zeiten von Krisen. Schon ein kurzes Nachdenken genügt, um eine Vielzahl von Krisenphänomenen zu benennen: Corona, Gesundheitssystem, Finanzmarkt, Euro, Staatsschulden, Ernährung und Hunger, Wirtschaft, Öl, Energie, Demokratie, Parteien, multinationale Organisationen und die Klimakrise. Der Krisenbegriff ist allgegenwärtig und vielfältige gesellschaftliche, politische und ökonomische Entwicklungen werden als Krisen charakterisiert.

Sicherlich muss reflektiert werden, ob der Krisenbegriff – gerade von den Medien – zu inflationär gebraucht wird. Krisenhafte Phänomene oder kritische Situationen werden schnell zu bedrohlichen Krisen zugespitzt. Doch lässt sich das Gefühl schwer widerlegen, dass gegenwärtig eine Krise die nächste ablöst, ohne dass davon ausgegangen werden kann, die vorhergehende Krise sei wirklich bewältigt. In dieser Ausgabe des **JOURNAL** beschäftigen wir uns am Beispiel der Klimakrise mit den gesellschaftlichen und öko-sozialen Dimensionen globaler Krisen und thematisieren die Handlungsmöglichkeiten politischer Bildung.

Der Begriff Krise signalisiert, dass Prozesse auf grundlegende und schwerwiegende Entscheidungen zulaufen und sich die bezeichneten Phänomene zugespitzt haben. Unter Zeitdruck müssen Entscheidungen getroffen werden, eventuell mit begrenztem Wissen, eventuell vorläufig und unter Inkaufnahme von Risiken. Der nächste Schritt kann die Tür zur Bewältigung der Krise öffnen, zu einer Lösung für eine bedrohliche Lage, er kann jedoch auch in eine Katastrophe führen. Immer geht es auch um den richtigen Zeitpunkt des Handelns, um die Chancen zur Bewältigung einer Krise nicht zu verpassen. Die Alternative lautet: scheitern oder erfolgreich sein.

Krisen sind von Unsicherheiten, Ohnmachtsempfindungen, Bedrohungen, Verzweiflung, Wut, aber auch von Hoffnungen, Aufbruchsstimmung, von Wünschen nach Veränderung, Verbesserung und Reform begleitet. In gesellschaftlichen Entwicklungen bilden sie einen Wendepunkt, können Ausgangspunkt für gemeinsame Anstrengungen sein. Sie können eine Chance für grundlegende Transformationen sein, Auslöser für solidarisches Handeln und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Globale Krisen sind für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung eines der zentralen Themen. An den Konzepten des Anthropozän, der Nicht-Nachhaltigkeit und der imperialen Lebensweise zeigen die Beiträge die Komplexität der Pro-

blemlagen auf und unterstreichen die Herausforderungen für die Gestaltung von Bildungsprozessen. Wie können abstrakte Fragestellungen oder Themen wie globale Gerechtigkeit, die Hintergründe von Migrationsbewegungen, die Ambivalenzen der Digitalisierung sowie der Globalisierung in Angeboten der politischen Bildung angemessen und für die Teilnehmenden nachvollziehbar bearbeitet werden? Kann politische Bildung zur Bewältigung globaler Krisen überhaupt beitragen? Übernimmt sie sich dabei nicht und weckt bei Teilnehmenden falsche Hoffnungen, wenn sie behauptet, in diesem Zusammenhang eine Schlüsselfunktion zu übernehmen oder zumindest einen relevanten Beitrag zur Überwindung von Krisen zu leisten?

Handlungsorientierung, die Ermutigung zum Handeln, die Vermittlung von Handlungskompetenzen sind konstitutive Bestandteile aller Konzepte politischer Bildung. Wie können Bildungsprozesse zu komplexen und abstrakten Themen gestaltet werden, wie weit müssen sie reichen, welche Dimensionen müssen sie umfassen, damit diese Ansprüche eingelöst werden können? Zunächst geht es sicherlich darum, das Ausmaß einer Krise zu begreifen, Ursachen, Hintergründe und Zusammenhänge zu analysieren, drohende Folgen zu sehen und Ideen zu Lösungen zu erarbeiten. Zur politischen Bildung gehört jedoch auch unabdingbar, sich mit Möglichkeiten individuellen und kollektiven Handelns zu befassen, um einen Beitrag zur Bewältigung einer Krise leisten zu können.

Den thematischen Schwerpunkt dieser Ausgabe hat Alexander Wahnig konzipiert.

Die **JOURNAL**-Redaktion

Einladung zur Mitarbeit

Die Redaktion lädt alle Mitarbeiter*innen der politischen Bildung herzlich dazu ein, das **JOURNAL** als Forum für den fachlichen Diskurs zu nutzen. Richten Sie Ihre Vorschläge und Anregungen zu den kommenden Themenschwerpunkten möglichst frühzeitig an die Redaktion. Zudem sind Beiträge zu aktuellen Fragen der politischen Bildung, Hinweise auf Veranstaltungen, Initiativen, Projekte und Publikationen sehr willkommen. Manuskripte werden nach Prüfung durch die Redaktion gerne in die Zeitschrift aufgenommen.

Inhalt

ÜberGrenzen

- 4 Manfred Pappenberger
Globaler Rechtsterrorismus. Zur politischen Verortung rechtsextremer Gewalthandlungen

SchwerPunkt

Thema: Globale Krisen

- 12 Katja Patzel-Mattern
Krisenbegriff und Krisenphänomene
- 18 Ingolfur Blühdorn
Freedom Day. Freiheit und Demokratie in der Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit
- 26 Werner Friedrichs
Über die Kunst, jenseits der Natur zu leben. Politische Bildung im Anthropozän
- 32 Nilda Inkermann, Jannis Eicker
Die Hegemonie der imperialen Lebensweise als Herausforderung für die politische Bildung
- 38 Julia Lingenfelder
Politische Bildung in der Klimabewegung

BildungsPraxis

- 44 Reinhard Griep
Klimakrise: Bildungsprojekte als Ausgangspunkt politischen Handelns. Verschiedene Bildungsformate in der Jugendakademie Walberberg
- 47 Evein Obulor
Wie sind Kolonialismus und Klimakrise verknüpft? Ein Gespräch über die UNESCO-Masterclass „Koloniale Kontinuitäten im Klimaaktivismus“

ZeitZeugen

- 52 Fritz Erich Anhelm
Politische Bildung in der Bundesrepublik der 1970er und -80er Jahre



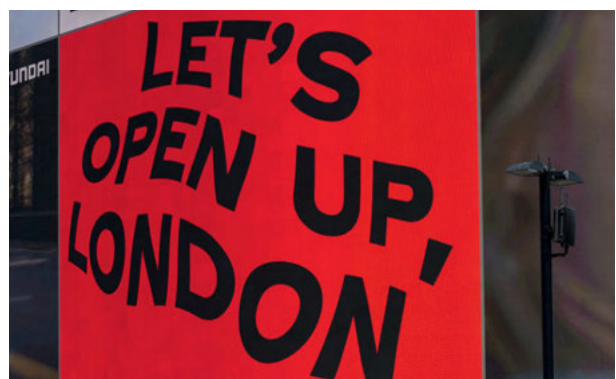
ÜberGrenzen

- 4 **Das Unsagbare ist die neue Normalität**
Das Internet hat die Marginalität rechtsextremer Ideen beendet und damit ihre Verbreitung und Wirkmächtigkeit erhöht, rechter Terror ist schon seit langem ein transnationales Phänomen. Gängige Einzeltäter-Theorien müssen dringend hinterfragt werden!



SchwerPunkt

- 12 **Krise als Infragestellung des Fortschritts**
Die Moderne war lange Zeit getragen von der Hoffnung, dass durch eine wissenschaftlich-technologische Durchdringung die Welt für den Menschen beherrschbar werde. Krisenerfahrungen stellen diese einstige Gewissheit infrage. Eine historische Begriffsbestimmung.



SchwerPunkt

- 18 **Solidarität = Behinderung individueller Entfaltung?**
Die Pandemie ist nicht vorbei, dennoch genießen wir wieder mehr Freiheiten, insbesondere des Einkaufens, des Entertainments, des Reisens. Was bedeutet das für das Projekt der notwendigen sozial-ökologischen Transformation, das vorher in aller Munde war?



Schwerpunkt

32 Bildung, Macht, Herrschaft

Unsere imperiale Lebens- und Produktionsweise beruht auf der Ausbeutung von Menschen und Mitwelt, wobei der Globale Norden auf Ressourcen im Globalen Süden zugreift und die Kosten dahin externalisiert. Eine Herausforderung auch für die politische Bildung!



BildungsPraxis

44 Im Fokus: Klimakrise

Der menschengemachte Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen. Reinhard Griep und Evein Obulor stellen aktuelle Projekte der BildungsPraxis vor, die den eigenen Lebensbereich, das gesamtgesellschaftliche Problem sowie globale Lösungswege in den Blick nehmen.



MitDenken

72 Biografiearbeit und politische Bildung

Die Auseinandersetzung mit sich selbst kann Menschen ins Handeln bringen. Welche Wünsche und Bedürfnisse gibt es, was sind Ressourcen und Stärken? Das Zutrauen, selbst etwas bewegen zu können, birgt Potenzial für unsere Demokratie.

4/2021

VorGänge

- 56 Die AfD positioniert sich zum 16. Kinder- und Jugendbericht / Blickwechsel. Neuausrichtung der Zielgruppenarbeit in der politischen Erwachsenenbildung / Jekhi – Gemeinsam / Identitätspolitische Spaltung europäischer Gesellschaften / Beziehungskrise: Bürger*innen und Demokratie

LeseZeichen

- 64 Ein überzeugendes Plädoyer für sozialwissenschaftliche Bildung / Globales Lernen und politische Bildung verbinden / Zur mentalen Verfasstheit der Republik / Intersubjektive Bildungstheorie als Grundlage politischer Bildung

MitDenken

- 72 Anna Hoff
Politisch. Ich? Systemische Biografiearbeit als Methode in der politischen Bildung

AusBlick

- 76 u. a. Eine Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie / Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Integration / Wirksamkeit der Extremismusprävention / Ein- und Ausschlüsse digitaler politischer Bildung / Junge Menschen in Europa: Müde – aber zuversichtlich / Die bunte Welt der Podcasts / Personen & Organisationen



JOURNAL für politische Bildung
Geplante Schwerpunktthemen:

Entwicklungen/Trends der politischen Bildung seit 1990

Ungleiche Zugänge zur politischen Bildung

Politische Jugendbildung und Jugendarbeit in der Postpandemiezeit

Globaler Rechtsterrorismus

Zur politischen Verortung rechtsextremer Gewalthandlungen

Während islamistischer Terror schon seit langem als transnationales Phänomen eingestuft wird, dem eine gemeinsame Ideologie zugrunde liegt, werden rechtsextremistische Anschläge häufig Einzeltätern zugeschrieben, die als ‚einsame Wölfe‘ agieren und mehr oder weniger krank sind. Exemplarisch dafür steht, dass die Bundesanwaltschaft bis heute daran festhält, dass die Morde des NSU „auermittelt“ sind und inklusive der vorbereitenden Ausspähungen ausschließlich von zwei bzw. drei Tätern verübt wurden. Doch mit der Einzeltätertheorie bzw. deren Pathologisierung werden entscheidende Bedingungsfaktoren ausgeblendet. Stattdessen muss ein tieferes Verständnis für die Zusammenhänge zwischen scheinbar isolierten Anschlägen von Oslo über Christchurch, El Paso, Kassel bis Halle und Hanau entwickelt werden, um Rechtsterrorismus zu begreifen.



Manfred Pappenberger,
Diplom-Pädagoge, studierte
Erziehungswissenschaft,
Soziologie, Psychologie und
Kriminologie. Seit 1990 ist er
Dozent für politische Bildung am
Bildungszentrum Bad Staffelstein.



©brainwashed 4 you – stock.adobe.com

Auf der Suche nach Kausalitäten, die rechtsterroristische Gewalttaten erklären, werden dem Täter häufig psychische Probleme zugeschrieben. Damit wird der Täter zum Getriebenen seiner Taten durch Umstände erklärt, die seinen Willen und/oder sein Bewusstsein einschränken und damit seine Schuld relativieren. Allerdings nicht, um ihn von seinen Taten freizusprechen, sondern um seine Tat von der gesellschaftlichen Normalität abzuspalten. Doch die Einordnung sozialer Phänomene als übernatürliches oder pathologisches Ereignis verhindert einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Diskurs über Ursachen und Hintergründe. Dabei sollen psychische Faktoren nicht negiert werden. Allerdings sind Ursachen und Motive von Terrorakten auf unterschiedlichen Ebenen verortet. Bei der Bereitschaft zu einer Terrorhandlung sind durchaus psychische Faktoren zu berücksichtigen. Die Wahl der potenziellen Opfer geschieht jedoch keineswegs zufällig, sondern resultiert aus ideologischen und politischen Motiven. Rechtsterroristische Gewalttaten sind bewusste Inszenierungen, um politische Botschaften zu vermitteln. Die einseitige Fokussierung auf eine psychische Erkrankung verkennt, dass die Auswahl der Opfer nicht ohne das Phänomen Rassismus bzw. Antisemitismus zu erklären ist.

TERRORHANDLUNG ALS EINZELTAT?

Die Bezeichnung als Einzeltäter verschleiern die soziale Koproduktion, indem soziale Bezüge zu Personen und Ideologien, die zu der Tat inspiriert und motiviert haben, ausgeklammert werden. Einzeltäter operieren nicht im sozialen Vakuum, sondern teilen gemeinsame ideologische Grundlagen. Kein Täter steht außerhalb der Gesellschaft – sie sind Teil eines Bezugssystems, das sich insbesondere durch das Internet zunehmend internationalisiert und radikalisiert (vgl. Ebner 2020).

Die Einstufung der Terrorhandlung als Einzeltat hat für die Sicherheitsbehörden eine Entlastungsfunktion, gilt es doch als weitaus schwieriger, solche ‚einsamen Wölfe‘ im Gegensatz zu rechten Netzwerken im Vorfeld zu erkennen. Ist dann der Einzeltäter gefasst oder zu Tode gekommen, ist die Ordnung scheinbar wiederhergestellt, allerdings ohne dass eine tiefergehende Umfeldanalyse erfolgte. Bleiben jedoch die situativen Bedingungen

bestehen, die eine solche Tat begünstigen, hat auch die Problematik weiterhin Bestand.

Mediale Berichterstattung

Zum Setting einer Gewalttat zählt insbesondere die mediale Berichterstattung. Um ein gesellschaftliches Klima der Angst zu verbreiten, sind Terrorakte auf mediale Sichtbarkeit angewiesen. Der Medienhype um den Attentäter („Terrortainment“) lässt ihn aus dem Schatten der Normalität heraustreten, verleiht ihm einen bizarren medialen Kultstatus und hat eine beachtliche glorifizierende Wirkung. Die Heroisierung in der medialen Resonanzschleife ist eine Triebfeder des Gewalthandelns und spielt für die Logik und die Dynamik des modernen (Rechts-)Terrorismus eine entscheidende Rolle. Die Täter wollen Ikonisierung – und viele Medien helfen ihnen dabei. Um medieninduzierte Nachahmungstaten zu verhindern, sollte die Nachrichtenindustrie eine extensive, detaillierte und täterzentrierte Berichterstattung vermeiden (vgl. Kahr u. a. 2017: 37 f.).

Der soziale Referenzrahmen des Rechtsterrorismus

Rechte Terrorakte sind die militante, gewalttätige Spitze eines Eisbergs, die nur im Kontext breiter sozialer Bezüge mit arbeitsteiligen Bereichen und fließenden Übergängen zu erklären sind, wie z. B. PEGIDA-Demonstranten, die Verständnis für den Mord an Walter Lübcke haben, oder der AfD, die rechter Ideologie eine Plattform gibt, die in der (parlamentarischen) Öffentlichkeit mit gezielten Provokationen und Tabubrüchen agiert und die sich gegenüber dem extremistischen „Flügel“ nicht entschieden abgrenzt. Hinzu kommen intellektuelle Thinktanks wie das Institut für Staatspolitik, das von neurechten Strategen wie Götz Kubitschek gegründet wurde, und eine überaus vielschichtige rechte Musikszene, die in ihren Texten nicht nur den „Tag X“ herbeisehnt, sondern mitunter unverhohlen zu Gewalttaten auffordert. Weiterhin sind die Identitären mit ihrer rassistischen Remigrationsforderung, erfahrene Neonazi-Kader, gewaltbereite Terrorgruppen, Alt-Nazis mit weitreichenden Verbindungen und die Gruppe der Reichsbürger und Selbstverwalter zu nennen.

Besonders bedenklich in diesem Kontext ist die Tatsache, dass Ableger organisierter rechter Netzwerke (auch hier keine Einzelfälle) in Sicherheits-

behörden und der Bundeswehr zu finden sind. Eine Exekutive, die von rechten Netzwerken unterwandert ist, hat ein Wahrnehmungsproblem bei rechten Tathintergründen. Zudem führt eine einseitige Fokussierung auf den islamistischen Terror zu einer verzerrten Gefahreinschätzung und zu einer Analyseschwäche, die Zusammenhänge nicht erkennen und Strukturen bzw. Netzwerke nicht herausarbeiten lässt. Ein Terrorbild aus RAF-Zeiten, das Terrorismus als Gruppenerscheinungsform mit hierarchischer Kommandostruktur verortet, verkennt rechte Terrorismuskonzepte wie das Agieren in autonomen Zellen oder den führerlosen Widerstand. Terrorismus im digitalen Zeitalter ist auf strukturierte Gruppenorganisation nicht mehr angewiesen. Im Gegenteil: Kontakte in der realen Welt werden minimiert und ins Internet verlegt. Die Tat selbst ist das Bekenntnis zur rechten Ideologie und soll Gleichgesinnten als Handlungsaufforderung dienen (Propaganda der Tat).

In der Summe führten all diese Facetten offiziell zu fast hundert Morden seit 1990 (laut Amadeu Antonio Stiftung über 200 Tote), zu einer Fülle von Angriffen auf Migrant*innen, Flüchtlingsheime und Hilfsorganisationen und zu einer steigenden Bedrohung von (Kommunal-)Politiker*innen. Aufgedeckte Waffenlager und kursierende Todeslisten sind weitere alarmierende Anzeichen eines realen Rechtsterrorismus.

Die Bedeutung der Sprache oder vor Mord kommt Rufmord

Zu den begünstigenden Faktoren zählt die Sprache, die rechte Gruppierungen verwenden. Die Inhalte und die Sprache der Mörder spiegeln dabei nicht nur die Inhalte und die Sprache im Netz wider, die Erzählungen der Mörder entsprechen auch den Narrativen von rechtspopulistischen Politikern. Der Mörder von Halle benutzte zu seiner Rechtfertigung die Thesen von AfD-Politikern und es gibt verblüffende Ähnlichkeiten in der Begründung des Attentäters von El Paso mit den hetzerischen Reden eines Donald Trump, der ebenfalls von einer „Invasion von kriminellen Latino-Migranten“ gesprochen hatte. Diese Narrative sind ein bedeutender Teil jener psychologischen Voraussetzungen, die einen Terrorakt ermöglichen, indem die Gewalttaten in einen größeren, vermeintlich rechtfertigenden Kontext gebracht werden. Dieses Phänomen wird als stochastischer Terrorismus

bezeichnet. Ein stochastischer Terrorist sendet medial und digital herabwürdigende Signale gegen bestimmte Gruppen, die zu Gewalttaten gegen Angehörige dieser Gruppe motivieren sollen. Die Gewalttat an sich ist statistisch vorhersehbar, nicht jedoch die Tatperson.

PHÄNOMEN STOCHASTISCHER TERRORISMUS

Es ist die Wechselwirkung von Wort und Tat, das Wechselspiel von Agitation und Aktion, es ist die Sprache als im weitesten Sinne wirkmächtiges Subjekt, insbesondere ideologische Feindstereotype, die der Gewaltbereitschaft Vorschub leisten. Dabei besteht keine kausale Beziehung zwischen Wort und Tat – doch es existieren Zusammenhänge. Sprachliche Muster und Deutungen stellen ideologische Ressourcen dar, die den Raum für Problemwahrnehmungen, Interpretationen der gesellschaftlichen Realität, politische Zielsetzungen oder Handlungsempfehlungen vorgeben. Der so gebildete Referenzrahmen (framing) bildet den Raum des Denk-, Sag- und Machbaren. Als Feindbilder gelten insbesondere Juden, Muslime, Schwule und Lesben oder Migranten, was die wechselseitige Anschlussfähigkeit von Rassismus, Antisemitismus, Antiislamismus, Sexismus, Homophobie und Nationalismus zeigt. Diese Ideologiefragmente sind im Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) zusammengefasst (vgl. Heitmeyer 2002–2012).

Das Unsagbare ist die neue Normalität – die Bedeutung des Internets

Das Internet ist für rechte Fanatiker und Extremisten deshalb so interessant, weil es ihnen die Möglichkeit zum virtuellen Gedankenaustausch eröffnet, der ihnen durch die Wächterfunktion der Qualitätsmedien verschlossen bleibt. Erst das Internet hat die Marginalität rechtsextremer Ideen beendet und damit ihre Verbreitung und Wirkmächtigkeit erhöht, indem sie für jeden jederzeit zugänglich wurden. Kritische Einwände und gegenteilige Positionen werden als „Fake News“ diskreditiert oder entstammen der „Lügenpresse“, die nur die offizielle Version der verhassten Eliten verbreitet. Das Netz fungiert als Radikalisierungsmultiplikator, der extremistische Gruppen zusammenführt, zusammenhält und noch extremer und gewalttätiger macht.

Hinzu kommt, dass sich Filterblasen und Echo-kammern entwickelt haben, die zu einer Radikalisierung der User führen, weil sie nur noch mit Menschen kommunizieren, die ähnliche Überzeugungen und Einstellungen besitzen und sich gegenseitig in ihren Ideen bestätigen und verstärken.

IDEOLOGIE DES ANTIEGALITARISMUS

Das Internet ist zum bevorzugten Sprachrohr des Rechtsterrorismus geworden und wird gezielt genutzt, um Hassbotschaften zu verbreiten. Nicht der gesellschaftliche Diskurs ist das Ziel, sondern weitere Polarisierung und Spaltung. Selbst wenn diese globalen Netzwerke keine terroristischen Vereinigungen im engeren Sinn darstellen, so spielen sie doch eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Verbreitung von rechtsextremem Gedankengut und der Illusion einer weltweiten Einigkeit. Diese international operierenden Gesinnungsnetzwerke fungieren als Treibstoff rechts-extremen Terrors und es ist empirisch erwiesen, dass spätere Attentäter an diesen Diskursen partizipiert haben.

Globaler rechter Terror

Die Extremismusforschung konstatiert eine länder-übergreifende Vernetzung der Neuen Rechten, die dazu führt, dass global verwobene Narrative

entstehen, die einem schwarz/weiß-Schema folgen. Ein immer wiederkehrendes Narrativ und zentrales Motiv für rechte extremistische Gewalttaten ist die Verschwörungstheorie des „großen Austauschs“ durch eine gezielte islamische Migration ins Abendland (in die USA aus Lateinamerika), um die kulturelle Identität und die „Einheit des Volkes“ zu zerstören. Björn Höcke (AfD) spricht in diesem Kontext von einem „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“ (Höcke 2018: 216). In diesem Zusammenhang ist auch der tiefe Frauenhass zu sehen, der nicht nur daraus resultiert, dass Frauen eine männlich dominierte Geschlechterrolle in Frage stellen, sondern der auch mit einer niedrigen Geburtenrate insbesondere emanzipierter Frauen begründet wird, die den Bevölkerungsaustausch noch beschleunige.

Die Neue Rechte hat die nationalsozialistische Ideologie des „Antiegalitarismus“ erweitert und argumentiert nicht mehr nur mit einer Überlegenheit der weißen Rasse, sondern rechtfertigt ihre Anschläge als Notwehrakt für das eigene Überleben und gegen den Austausch der eigenen Bevölkerung durch Migranten. Aus einer Opferperspektive eint sie der globale Kampf gegen eine interreligiöse und interkulturelle Gesellschaft.

Ausblick

Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, das Beinahe-Blutbad in der Syna-



Verschwörungstheorie großer Austausch